

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Michael Georg Link, Alexander Graf Lambsdorff, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/31457 –**

Begleitung der Konferenz zur Zukunft Europas durch die deutsche Bundesregierung

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 9. Mai 2021 begann mit einer Auftaktveranstaltung in Straßburg die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Konferenz soll einen breiten Austausch der europäischen Bürgerinnen und Bürger ermöglichen und Lösungsvorschläge für Herausforderungen in zentralen Politikfeldern erarbeiten, u. a. mit Blick auf den digitalen Wandel, Klimawandel, Migration, Europas Rolle in der Welt und den Schutz der europäischen Grundwerte (<https://futureu.europa.eu>).

Auf europäischer Ebene haben sich die EU-Organe in einer Gemeinsamen Erklärung zur Organisation von europäischen Bürgerforen verpflichtet. An diesen vier Foren sollen je 200 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aller 27 Mitgliedstaaten teilnehmen, die repräsentativ für die Vielfalt der EU sind hinsichtlich Herkunft, Geschlecht, Alter, sozioökonomischen Hintergrund und Bildungsniveau. Einzige Ausnahme: Ein Drittel der Teilnehmenden sollen zwingend junge Menschen (16 bis 25 Jahre) sein (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_21_3032). Auch die Mitgliedstaaten werden auf nationaler Ebene zusätzliche Veranstaltungen durchführen, beispielsweise nationale Bürgerforen. Zum Bündeln der zentralen Informationen und als Werkzeug zum Austausch, zur Koordinierung und Ideensammlung hat die Europäische Kommission eine mehrsprachige digitale Plattform eingerichtet. Auf dieser sollen individuelle Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern sowie Beiträge von diversen Veranstaltungen im Rahmen der Zukunftskonferenz gesammelt und veröffentlicht werden.

Die Konferenz zur Zukunft Europas verfügt über einen Exekutivausschuss mit einem gemeinsamen Sekretariat und einer Plenarversammlung. Deutschland ist durch verschiedene Repräsentanten in den Institutionen der Zukunftskonferenz vertreten, etwa durch Mitglieder des Europaparlaments, des Deutschen Bundestages, Bundesrates, der Landtage und der Bundesregierung wie auch durch Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, etwa einer Vertreterin der deutschen Veranstaltungen und deutschen Bürgerforen in der Plenarversammlung.

Die Bundesregierung hat sich über den Rat der EU als Mitunterzeichnerin der Gemeinsamen Erklärung zur Zukunftskonferenz verpflichtet, erforderliche Ressourcen bereitzustellen und die Prinzipien der Konferenz von Inklusivität, Offenheit und Transparenz zu wahren und zu fördern. Zudem sollen der Rat sowie die anderen EU-Institutionen den Empfehlungen der Konferenz – unter uneingeschränkter Achtung der Zuständigkeiten und der in den europäischen Verträgen verankerten Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit – Folge leisten (https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/4/DE_GEMEINSAME_ERKLÄRUNG_ZUR_KONFERENZ_ÜBER_DIE_ZUKUNFT_EUROPAS.pdf).

1. Welche konkreten Öffentlichkeitsmaßnahmen plant die Bundesregierung, um für die Konferenz zur Zukunft Europas und die Nutzung der digitalen, mehrsprachigen Plattform zur Zukunftskonferenz in Deutschland zu werben?
 - a) Auf welchen Internetseiten und auf welchen sozialen Medien hat die Bundesregierung bisher auf die zentrale digitale Plattform hingewiesen (vgl. Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/29252)?
 - b) Hat die Bundesregierung darüber hinaus Werbeanzeigen im Internet geschaltet, um auf die Konferenz hinzuweisen, und wenn ja, auf welchen Internetseiten bzw. Plattformen?

Die Fragen 1 bis 1b werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung informiert auf ihrer Website „Gestalten Sie die Zukunft Europas mit“ (www.bundesregierung.de/konferenz-zur-zukunft-europas) über die Konferenz und weist darin auch auf die digitale Konferenz-Plattform „futureu.europa.eu“ sowie auf die Veranstaltungen vor allem der Bundesministerien hin. Zudem informieren die einzelnen Bundesministerien auf ihren Webseiten über die von ihnen organisierten Veranstaltungen. Für ihre Kommunikation zur Konferenz nutzt die Bundesregierung auch soziale Medien, etwa anlässlich der Dialogveranstaltung von Bundeskanzlerin Merkel am 28. Juni 2021 auf Facebook (<https://www.facebook.com/watch/live/?v=166127988834128>), Twitter (<https://twitter.com/RegSprecher/status/1409515875347189762>) und Instagram (<https://www.instagram.com/p/CQq713zj9P9/>).

Ziel ist es, mit verschiedenen Kommunikationsformaten möglichst viele Menschen über die Konferenz zu informieren und zum Mitmachen zu motivieren. So hat beispielsweise der Bundesminister des Auswärtigen, Heiko Maas, zum offiziellen Start der Konferenz am 9. Mai 2021 die Bürgerinnen und Bürger in einem Video zur Teilnahme aufgerufen, das u. a. über Facebook und YouTube weiterverbreitet wurde (<https://www.youtube.com/watch?v=3URFQQ7WGbA>). Am 6. Juli 2021 wurde zu diesem Thema eine Folge des Podcasts „Aus Regierungskreisen“ mit Staatsminister Roth veröffentlicht, in dem er die Bedeutung der Konferenz unterstreicht und für eine aktive Beteiligung wirbt (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/audio-podcast-aus-regierungskreisen/podcast-roth-1939726>). Seit dem 9. Juli 2021 ruft das Bundespresseamt vor dem Presse- und Besucherzentrum mit einem Plakat zur Teilnahme an der Zukunftskonferenz auf.

Die Bundesregierung hat keine Werbeanzeigen im Internet geschaltet.

2. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Aktivitäten der verschiedenen Bundesministerien ressortübergreifend abgestimmt werden (vgl. Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 19/29252)?

Koordiniert durch Auswärtiges Amt, Bundeskanzleramt und Bundespresseamt findet ein regelmäßiger Austausch im Ressortkreis statt. Jedes Bundesministerium plant seine Aktivitäten in eigener Ressortverantwortung. Bei Konferenzveranstaltungen, für die mehrere Bundesministerien thematisch zuständig sind, stimmen sich die betreffenden Ressorts eng ab. Zudem findet eine gegenseitige Unterrichtung über geplante Termine statt.

3. Werden die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen der Bundesministerien zur Zukunftskonferenz zentral gesammelt?

Falls ja, inwiefern plant die Bundesregierung, diese Erkenntnisse zu nutzen?

Die Ergebnisse der Veranstaltungen der verschiedenen Bundesministerien werden auf der zentralen digitalen Plattform eingestellt und fließen in den Konferenzprozess ein.

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland die Plattform bereits genutzt haben?
 - a) Falls ja, welche Zahlen liegen der Bundesregierung diesbezüglich vor?
 - b) Falls nein, bemüht sich die Bundesregierung, Kenntnis über diese Zahlen zu erlangen?

Die Fragen 4 bis 4b werden zusammen beantwortet.

Laut der Europäischen Kommission, die die digitale Plattform betreibt, wurden insgesamt bisher 167.455 Besuche aus Deutschland gezählt (Stand 28. Juli 2021). Berücksichtigt man nur die Nutzerinnen und Nutzer, die ihr Aufenthaltsland angegeben haben, stammt die höchste Zahl an Beiträgen (Ideen, Kommentare und Veranstaltungen zusammengezählt) mit ca. 3.800 (von insgesamt ca. 18.600) aus Deutschland. Einzeln betrachtet stammt die höchste Zahl an Ideen (ca. 900 von insgesamt ca. 5.600) sowie an Kommentaren (ca. 2.800 von insgesamt ca. 11.300) von Nutzerinnen und Nutzern mit Aufenthaltsland Deutschland. Bei Veranstaltungen (insgesamt ca. 1.600) wurden die drittmeisten (77) von Nutzerinnen und Nutzern mit Aufenthaltsland Deutschland auf der Plattform eingestellt, mehr kamen lediglich aus Italien (123) und Belgien (81). Die Bundesregierung geht davon aus, dass auch unter den Nutzerinnen und Nutzern ohne Angabe eines Aufenthaltslands zahlreiche aus Deutschland stammen.

5. Hat die Bundesregierung inzwischen Kenntnis darüber, welche Maßnahmen die Europäische Kommission getroffen hat, um die digitale Plattform vor Hackerangriffen zu schützen (vgl. Antwort zu Frage 5b auf Bundestagsdrucksache 19/29252)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die Europäische Kommission eine spezielle Taskforce für die digitale Plattform eingerichtet, die sich einerseits um die Moderation kümmert, andererseits um Maßnahmen der Cybersicherheit.

6. Plant die Bundesregierung, noch vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 eine Regierungsposition zur Konferenz zur Zukunft Europas abzustimmen?
 - a) Falls ja, wie wird diese Regierungsposition erarbeitet?
 - b) Falls ja, wie bewertet die Bundesregierung die Informations- und Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) an dieser Regierungsposition?
 - c) Falls ja, welche externen Stakeholder wird die Bundesregierung bei der Erarbeitung ihrer Regierungsposition konsultieren (z. B. Verbände, Sozialpartner, Stiftungen etc.)?
 - d) Falls nein, auf welcher inhaltlichen Grundlage werden die beiden Delegierten der deutschen Bundesregierung in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz agieren?

Die Fragen 6 bis 6d werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung plant nicht, vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag eine Regierungsposition zur Konferenz abzustimmen. Für die Teilnahme an der nächsten Plenarversammlung am 22. und 23. Oktober 2021 durch Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß und Staatsminister Michael Roth wird sich die Bundesregierung abstimmen, sobald eine Tagesordnung vorliegt.

7. Wie viele nationale Bürgerforen zur Konferenz zur Zukunft Europas mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus welchen Altersgruppen wurden bislang durchgeführt, und wie viele nationale Bürgerforen sind noch geplant?
 - a) In welchem Verfahren, und nach welchen Kriterien werden oder wurden die Bürgerinnen und Bürger für die einzelnen Foren ausgesucht?
 - b) Inwieweit entspricht die repräsentative Zusammensetzung der nationalen Bürgerforen den vier Europäischen Bürgerforen?

Aus welchen Gründen weicht die repräsentative Zusammensetzung der nationalen Bürgerforen gegebenenfalls davon ab?
 - c) Wie viele finanzielle Mittel aus welchen Einzelplänen und Titeln stehen für die Durchführung nationaler Bürgerforen in 2021 zur Verfügung, und wie viele finanzielle Mittel aus welchen Einzelplänen und Titeln plant die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf für 2022 ein?
 - d) Plant die Bundesregierung, die einzelnen nationalen Bürgerforen wissenschaftlich auswerten zu lassen?

Wenn ja, entlang welcher Kriterien, und durch welchen Dienstleister?
 - e) In welchem Format will die Bundesregierung die Ergebnisse der nationalen Bürgerforen ausführlich diskutieren und evaluieren?
 - f) Inwiefern wird sie dabei den Deutschen Bundestag involvieren?
 - g) Soll den Netzwerken für Europapolitik in Deutschland eine Rolle zukommen?

Wenn ja, welche?

Die Fragen 7 bis 7g werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung hat bereits mehrere Dialogveranstaltungen im Rahmen der Konferenz durchgeführt:

- 10./11. Juni 2021 – Auswärtiges Amt: Deutsch-italienische Dialogveranstaltung mit Bundesminister Maas und dem italienischen Außenminister di Maio zusammen mit rund 30 Schülerinnen und Schülern aus vier Schulen beider Länder.
- 14./15. Juni 2021 – Auswärtiges Amt: Deutsch-tschechische Dialogveranstaltung mit Staatsminister Roth und dem tschechischen Vize-Außenminister Chmelař zusammen mit rund 30 jungen Erwachsenen aus beiden Ländern.
- 18./19. Juni 2021 – Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bürgerdialog mit Staatssekretär Dr. Schmachtenberg „Die EU in und nach der Pandemie: Wie geht es weiter mit dem sozialen Europa?“ mit 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern verschiedenster Altersgruppen.
- 21. Juni 2021 – Auswärtiges Amt: Deutsch-französisch-luxemburgische Dialogveranstaltung mit Staatsminister Roth, dem französischen Staatsminister Clement Beaune und dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn zusammen mit rund 50 Schülerinnen und Schülern aus den drei Ländern.
- 28. Juni 2021 – Bundeskanzlerin Merkel im Online-Dialog mit zehn Studentinnen und Studenten aus verschiedenen europäischen Ländern.
- 30. Juni 2021 – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Bürgerdialog mit Bundesministerin Klöckner „Die Zukunft Europas entscheidet sich auf dem Land!“ mit 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern verschiedenster Altersgruppen.
- 10. Juli 2021 – Bundesministerium für Gesundheit: Bürgerdialog mit Bundesminister Spahn „Deine Gesundheit – Deine Daten / Gesundheitsdaten bewegen die EU“ (Hybridformat) mit zwölf aktiv beteiligten Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Alter zwischen 14 und über 50.
- 1– 3. Juli 2021 – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Staatssekretärin Dörr-Voß im Online-Dialog mit 14 Studentinnen und Studenten der Universität Bayreuth.

Weitere Dialogveranstaltungen sind in Planung und werden auf der Website der Bundesregierung (<http://www.bundesregierung.de/konferenz-zur-zukunft-europas>) angekündigt.

Neben solchen Dialogveranstaltungen können die EU-Mitgliedstaaten sogenannte „nationale Bürgerforen“ entsprechend den Leitlinien veranstalten, die beim Exekutivausschuss der Konferenz am 26. Mai 2021 vorgelegt wurden (<https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/12979/sn02867.de21.pdf>). Diese sehen u. a. eine streng repräsentative Auswahl der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger vor und orientieren sich damit an den „Europäischen Bürgerforen“.

Die Bundesregierung ist an der Organisation von „nationalen Bürgerforen“ interessiert, plant jedoch, mit Blick auf die in den Leitlinien beschriebenen spezifischen Anforderungen, keine Organisation eines solchen Formats mehr in der verbleibenden Legislaturperiode, weswegen derzeit keine Angaben zu Fragen finanzieller Mittel, des Umgangs mit den Ergebnissen oder der Einbeziehung des Deutschen Bundestags und von Netzwerken für Europapolitik gemacht werden können.

8. Welche deutschen Vertreterinnen und Vertreter haben nach Kenntnis der Bundesregierung eine Rolle in einem der Organe der Konferenz zur Zukunft Europas inne (Funktion und Name)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind 28 Deutsche Mitglieder der Plenarversammlung. Eine tabellarische Übersicht ist beigefügt (Anlage 1). Die Vertreterinnen und Vertreter der „Europäischen Bürgerforen“ im Plenum sind noch nicht bekannt.

Als Präsidentin der Europäischen Kommission ist Dr. Ursula von der Leyen Ko-Gesamtvorsitzende.

Im Exekutivausschuss sind aktuell aus Deutschland vertreten:

- Manfred Weber, MdEP, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) – Mitglied
- Daniel Freund, MdEP, Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz – Beobachter
- Helmut Scholz, MdEP, Fraktion DIE LINKE. im Europäischen Parlament – Gauche unitaire européenne / Nordic Green Left – Beobachter

9. Wie lief das Verfahren für die Besetzung des Amtes der Vertreterin bzw. des Vertreters der deutschen Veranstaltungen und deutschen Bürgerforen in der Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas ab?

- a) Gab es ein öffentliches Bewerbungsverfahren?
- b) Welche Kriterien wurden zuvor für die Auswahl definiert, und welche davon waren bei der getroffenen Personalauswahl schlussendlich ausschlaggebend?
- c) Wie groß war der Bewerberpool (im Falle eines öffentlichen Bewerbungsverfahrens), bzw. wie viele Personen aus welchen Institutionen wurden für das Amt in Betracht gezogen (für den Fall, dass es kein öffentliches Bewerbungsverfahren gab)?
- d) Welche Institutionen bzw. Gremien und Personen waren an der Auswahl beteiligt?
- e) Inwiefern wurden Vereine, Verbände, Stiftungen und gesellschaftliche Gruppen in die Auswahl der Vertreterin der nationalen Veranstaltungen und nationalen Bürgerforen in Deutschland eingebunden?
- f) Wie plant die Bundesregierung zu gewährleisten, dass die Vertreterin der deutschen Veranstaltungen und deutschen Bürgerforen ihre Aufgabe in der Bündelung aller Rückmeldungen und Beiträge von dezentralen Veranstaltungen und Bürgerforen aus Deutschland im Plenum der Zukunftskonferenz wahrnehmen kann?
- g) Werden hierfür finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt und/oder personelle Ressourcen aus den Ressorts zur Verfügung gestellt?

Wenn ja, aus welchen Einzelplänen und Titeln und welchen Ressorts?

Die Fragen 9 bis 9g werden zusammen beantwortet.

Die EU-Mitgliedstaaten wurden vor der konstituierenden Plenartagung am 19. Juni 2021 um die Benennung einer Vertreterin oder eines Vertreters der nationalen Bürgerdialoge gebeten, ohne dass dabei Kriterien für die Auswahl genannt wurden. Für die Bundesregierung war es entscheidend, dass diese Person unabhängig und unparteiisch ist und – dem Leitgedanken der Konferenz folgend – aus der Mitte der Bürgerinnen und Bürger kommt. Die von der Bundesregierung benannte Vertreterin erfüllt als Gründungsmitglied der Bürgerbewe-

gung „Pulse of Europe“ diese Kriterien. Sie wurde von der Bundesregierung im Rahmen der üblichen Abstimmungsmodalitäten unter den betreffenden Ressorts als Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge ernannt. Es wurde kein öffentliches Bewerbungsverfahren durchgeführt.

Die unabhängige und überparteiliche Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ genießt Unterstützung und Anerkennung in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Dies ermöglicht nach Ansicht der Bundesregierung der benannten Vertreterin, sich mit verschiedensten relevanten Akteurinnen und Akteuren über deren Aktivitäten auszutauschen und darüber in der Plenarversammlung zu sprechen.

Die Vertreterin steht mit der Bundesregierung in regelmäßigem engem Kontakt, neben inhaltlichen auch zu logistischen Aspekten. Als die von der Bundesregierung ernannte Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge kann sie eine Erstattung ihrer Reisekosten aus dem Einzelplan 05 des Auswärtigen Amtes erhalten.

10. Inwieweit soll nach Kenntnis der Bundesregierung der Feedback-Mechanismus der digitalen Plattform funktionieren, der sicher stellen soll, „dass die im Rahmen der Konferenz vorgebrachten Denkanstöße in die strategische Planung der EU einfließen und zu konkreten Empfehlungen für EU-Maßnahmen führen“ (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_1765)?

Ein Feedback-Mechanismus soll gemäß Artikel 1 der Geschäftsordnung der Konferenz (<https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/9243/sn02700.de21.pdf>) sicherstellen, „dass die auf Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz vorgebrachten Ideen zu konkreten Empfehlungen für EU-Maßnahmen führen“. Die Europäische Kommission hat dazu mitgeteilt, dass dieser Mechanismus auch die Analyse auf der digitalen Plattform umfasse, wie häufig die verschiedenen Themen angesprochen und aufgegriffen werden und welchen Stellenwert sie genießen. Darauf aufbauend beraten die „Europäischen Bürgerforen“, in Vorbereitung der Debatten der Plenarversammlung, Empfehlungen dazu, wie die EU die auf der Plattform eingereichten Beiträge aufgreifen könne.

11. Hat die Bundesregierung die Forderung des Europaparlaments bewertet, dass sich die drei EU-Institutionen selbst verpflichten sollten, die Ergebnisse durch Legislativvorschläge, einschließlich EU-Vertragsveränderungen, nachzuverfolgen (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0010_DE.pdf)?

Und wenn ja, wie?

Die Bundesregierung verweist auf die am 10. März 2021 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung von Europäischer Kommission, Rat und Europäischem Parlament, in der sich die drei Institutionen verpflichtet haben, „innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen rasch [zu] prüfen, wie ein effektives weiteres Vorgehen im Anschluss an den Bericht zu gestalten sein wird“ (https://ec.europa.eu/info/files/joint-declaration-conference-future-europe_de). Diese Selbstverpflichtung wird von der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt.

Anlage 1

Deutsche Mitglieder der Plenarversammlung nach Kenntnis der Bundesregierung:

Nachname	Vorname	Funktion
Aigner	Ilse	MdL, Ausschuss der Regionen
Anderson	Christine	MdEP
Aras	Muhterem	MdL, Ausschuss der Regionen
Barley, Dr.	Katarina	MdEP
Beck, Dr.	Gunnar	MdEP
Beer	Nicola	MdEP
Bentele	Hildegard	MdEP
Bischoff	Gabriele	MdEP
Boeselager	Damian	MdEP
Dörr-Voß	Claudia	Vertreterin der Bundesregierung – Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Echterhoff	Anna	Zivilgesellschaft
Franz	Romeo	MdEP
Freund	Daniel	MdEP
Gerstein	Antje	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Hartung	Stephanie	Vertreterin der deutschen Bürgerdialoge
Hoffmann	Reiner	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Honé	Birgit	MdL, Vertreterin des Bundesrats – Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Niedersachsen
Krichbaum	Gunther	MdB, Vertreter des Bundestags
Moos	Christian	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Nienäß	Niklas	MdEP
Puttrich	Lucia	MdL, Vertreterin des Bundesrats – Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Hessen
Roth	Michael	Vertreter der Bundesregierung – MdB, Europastaatsminister im Auswärtigen Amt
Schäfer	Axel	MdB, Vertreter des Bundestags
Scholz	Helmut	MdEP
Simon, Prof. Dr.	Sven	MdEP
Speich, Dr.	Mark	Ausschuss der Regionen
von Cramon-Taubadel	Viola	MdEP
Weber	Manfred	MdEP

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.